

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 17. Dezember 1932

Nummer 101

## Bekanntmachung

Die große Arbeitslosigkeit und der unvermindert anhaltende Zugang an Invaliden stellt dauernd große Anforderungen an die Verbandskasse. Vermehrte und langanhaltende Kurzarbeit in Verbindung mit dem jetzigen tariflichen Lohnstand verstärken immer mehr das Verlangen nach Beitragserleichterung für die 40-Stunden-Kurzarbeiter und die in Orten mit den niedrigsten Ortszuschlägen arbeitenden Mitglieder. Verbandsvorstand und Gauvorsteherkonferenz sahen sich deshalb veranlaßt, zur Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichts des Verbandes und unter Berücksichtigung der dringendsten Wünsche auf Beitragserleichterung nachstehende Beschlüsse zu fassen, die am 1. Januar 1933 in Kraft treten:

### Beiträge

1. Der ordentliche Wochenbeitrag beträgt ohne Gau-, Bezirks- und Ortsbeitrag wie bisher

für Vollmitglieder . . . . .	2,10 M.
für Gewerkschaftsmitglieder . . . . .	1,05 M.
für Invalidentafelmitglieder . . . . .	0,80 M.

Der ordentliche Wochenbeitrag ist auch von den kurzarbeitenden Mitgliedern zu entrichten, die während der Kurzarbeit nach Wochenverdienst in Höhe des Tariflohns der Handwerker ihrer Altersklasse oder mehr erreichen.

Kurzarbeiter, die in einer Woche 40 Stunden oder weniger arbeiten und deren Wochenverdienst dadurch unter den Tariflohn für Handwerker ihrer Altersklasse sinken, haben für je 48 Stunden Arbeitszeit einen ordentlichen Wochenbeitrag zu entrichten. Diese Bestimmung gilt auch für die Kurzarbeiter, die in tageweisem oder wochenweisem Aussehen befristet.

2. Die Extrabeiträge betragen bei einem Gesamtwochenverdienst von:

35—60,99 M. 1 Extrabeitrag zu 40 Pf. = 0,40 M.
61—70,99 M. 2 Extrabeiträge je 40 Pf. = 0,80 M.
71—80,99 M. 3 Extrabeiträge je 40 Pf. = 1,20 M.

Berlin, 14. Dezember 1932.

81—90,99 M. 4 Extrabeiträge je 40 Pf. = 1,60 M.  
91—100,— M. 5 Extrabeiträge je 40 Pf. = 2,00 M.  
über 100,— M. 6 Extrabeiträge je 40 Pf. = 2,40 M.

Unter Wochenverdienst ist das gesamte Wochen-einkommen aus Lohn, Zuschlägen jeder Art und eventuellen Überstunden zu verstehen.

Vom Extrabeitrag befreit sind solche Mitglieder, deren Verdienst infolge Kurzarbeit auf die Woche umgerechnet unter den Tariflohn für Handwerker nach Klasse C sinkt.

### Unterstützungen

Unverändert bleiben die bisherigen Unterstützungs-sätze und Bestimmungen für die Ortsunterstützung, Koststandsunterstützung an Ausgesteuerte, Maßreg-lungsunterstützung, Umzugsunterstützung und Kranken-unterstützung. Geändert werden die Sätze der Reise-unterstützung, der Invalidentafelunterstützung und des Begräbnisgeldes. Danach wird vom 1. Januar 1933 an gewährt:

### Reiseunterstützung

nach 26 Beiträgen 1,00 M. täglich bis zu 180 Tagen  
nach 75 Beiträgen 1,50 M. täglich bis zu 180 Tagen

### Invalidentafelunterstützung

nach 450 bzw. 700 Beiträgen 0,80 M. je Wochentag
nach 1000 Beiträgen 1,00 M. je Wochentag
nach 1250 Beiträgen 1,20 M. je Wochentag
nach 1500 Beiträgen 1,40 M. je Wochentag
nach 1750 Beiträgen 1,60 M. je Wochentag
nach 2000 Beiträgen 1,80 M. je Wochentag

### Begräbnisgeld

nach 52 Beiträgen 40 M.
nach 100 Beiträgen 80 M.
nach 250 Beiträgen 120 M.
nach 500 Beiträgen 160 M.
nach 750 Beiträgen 200 M.
nach 1000 Beiträgen 240 M.
nach 1250 Beiträgen 280 M.
nach 1500 Beiträgen 320 M.

## Der Verbandsvorstand

## Verlauf und Ergebnisse der Gauvorsteherkonferenz

Den wichtigsten Teil der Verhandlungen am zweiten Tag (10. Dezember) bildete die Besprechung der Finanzlage des Verbandes, Beitrags- und Unterstützungs-wesen usw. In einem ausführlichen Referat gab der Verbandskassierer eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben im laufenden Geschäftsjahr. Er verwies auf die an die Gau-, Bezirks- und Orts-vorstände ergangenen diesbezüglichen Rundschreiben, deren Inhalt hoffentlich zur Auffklärung in Mitgliederversammlungen benutzt wurde. Im ersten Halbjahr erforderte das 1. Quartal einen Zuschuß von 59 778,94 M. Das 2. Quartal brachte erstmalig wieder einen Überschuß von 15 821,20 M. Das 3. Quartal bringt dagegen wieder einen starken Rück-schlag; es erfordert einen Zuschuß von rund 100 000 M. Die Auffassung, daß die Aussteuerung der Arbeitslosen so umfangreich ist, daß dadurch automatisch eine Ausbalan-cierung zwischen Einnahmen und Ausgaben eintrete, wird widerlegt durch die monatliche Arbeitslosenstatistik. Eine diesbezügliche Zusammenfassung zeigt, daß die Zahl der Arbeitslosen von 20 578 im Juni 1931 auf 31 757 im August 1932 gestiegen ist und erst im September und Oktober einen geringen Rückgang auf 30 812 erfuhr. Es hat also ständig ein Neuzugang von Arbeitslosen stattgefunden, die die ganze Bezugsdauer noch vor sich haben. Die Voranschlagsforderungen vieler Gauer lassen nicht auf eine Besserung im 1. Quartal schließen.

Dieses Ergebnis zwingt zur Stellungnahme und die sei unangenehm deshalb, weil der Ursache der erneuten Defizite nicht mehr von der Einnahmeseite her beizukommen ist, sondern nur durch Kürzung der Bezüge beseitigt werden kann. Und da werden die Schwierigkeiten immer größer, weil bei den Unterstützungs-zweigen mit begrenzter Bezugsdauer nicht die Tagesfälle die Ursache der Kalamität sind, sondern die Bezugsbauern und Karenzen. Die in Frage kommenden Bezugsbauern gliedern sich in vier Gruppen. Danach kann an Orts-, Koststands- und Reise-unterstützung bezogen werden:

1. Gruppe nach 52 Beiträgen 62 Wochen
2. Gruppe nach 150 Beiträgen 62 Wochen
3. Gruppe nach 500 Beiträgen 66 Wochen
4. Gruppe nach 750 Beiträgen 76 Wochen

Das sind im Durchschnitt 65 Wochen oder 1 1/2 Jahr!

Diese Erkenntnis war wahrscheinlich maßgebend für den Kollegen Kraft (Mannheim), der dem Verbandsvorstand einen eingehend begründeten Reformvorschlag für das gesamte Beitrags- und Unterstützungs-wesen einreichte. Der Vorschlag wurde den Gauvorständen zugestellt mit der Auf-forderung an alle, die sich dazu berufen könnten, ihre An-sichten in ähnlicher Weise niederzulegen. Krafts Vorschlag sei bezüglich der Karenzen und Bezugsbauern streng syste-matisch aufgebaut und suche einen gerechteren Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung.

Die darauffin von einer Reihe von Gauvorständen ein-gegangenem weiteren Vorschläge wurden in ihrem Inhalt skizziert. Sie gehen weit auseinander. So stehen insbeson-dere den Ansichten, die eine allgemeine Beitragsentung für unbedingt notwendig halten, andre gegenüber, die besagen, daß ein solcher Schritt weder von den Arbeits-losen noch von den Arbeitenden verstanden würde. Ein-heitlich ist nur die Auffassung, daß für eine so grundlegende Reform, wie Kraft sie will, nur der Verbandstag in Frage komme.

Für heute gilt es Beschlüsse zu fassen, die die für die folgenden Quartale zu befürchtenden Defizite beseitigen. Nach dem Ergebnis des 3. Quartals seien diese mit 100 000 M. je Quartal zu erwarten.

Die Meinung des Verbandsvorstandes gegenüber dem vorliegenden Fragenkomplex geht dahin: Soll den weit-gehenden Wünschen auf Beitragsentung Rechnung getra-gen werden; kann an den Bezugsbauern und Karenzen noch vorübergegangen werden? Eine solche Reform muß dann das Ziel im Auge haben, die Kalamität gründlich zu beseitigen. Da dazu aber die Lage noch zu ungeklärt ist, sollte jetzt hieron abgesehen und der Ausgleich auf folgendem Wege herbeigeführt werden.

Die Invalidentafelunterstützung ist um 25 Pf. täglich zu kürzen unter Umrechnung der sich ergebenden Beträge in Monats-sätze. Das Begräbnisgeld wird statt mit 50 bis 400 M., mit 40 bis 320 M. festgelegt. Beitragsvergünsti-gungen treten ein für die 40-Stunden-Kurzarbeiter beim ordentlichen Beitrag, für die Mitglieder in den niedrigsten Ortszuschlagsklassen beim Extrabeitrag, und zwar in der Weise: Die 40-Stunden-Kurzarbeiter, die bisher den Voll-beitrag leisten mußten, werden in die jetzige Regelung für Kurzarbeiter über 40 Stunden einbezogen, so daß sie dann künftig jede sechste Woche beitragsfrei sein würden. Vom Extrabeitrag befreit sollen alle Verdienste unter 35 M. sein, darunter fallen alle Tariflöhne der Aus-gelerntenklasse und der Vorklass A in Orten mit 0 bis 5 Proz. Ortszuschlag.

Für einen weiteren Vorschlag, durch Einführung eines Verwaltungsbeitrags bzw. Koststandsbeitrags, der von allen Unterstützungsbezieher zu erheben wäre, wurde das ent-sprechende Zahlenmaterial als Diskussionsgrundlage vor-getragen. Die zahlenmäßige Auswirkung der Vorstands-vorschläge wurde eingehend geprüft und bei diesen Be-rechnungen insbesondere auf die fortgesetzt immer noch im Anwachsen befindliche Invalidentafel hingewiesen und auf die Aussichten, die diesbezüglich eine im Sommer '33 aus den Hauptmitgliedsbüchern aufgenommene Alters-statistik eröffnet. Die Kosten des Verbandstages müßten berücksichtigt werden und ganz besonders die Tatsache, daß wir Ostern 1933 den stärksten Zugang an Neuausgelernten zu erwarten haben, den wir je gehabt. Diese jungen Kol-legen werden dann wahrseinslich ebenfalls nach kurzer Zeit arbeitslos und auf unsere Hilfe angewiesen sein.

Eine Befreiung der Koststandsunterstützung ist jetzt nicht möglich, weil dann sicher die örtlichen Beiträge für Unter-stützungen an Ausgesteuerte aus örtlichen Mitteln erhöht würden; das sei schon im vorigen Jahr geschehen, obwohl darüber nur die noch arbeitenden Kollegen in den Versammlungen abgestimmt haben. Um alle diese Dinge für den nächsten Verbandstag in sachlicher und zweckmäßi-ger Weise vorzubereiten, würde sich die Wahl einer kleinen Kommission empfehlen; ebenso eine diesbezügliche Aus-sprache im „Korrespondent“, damit das Mitbestimmungs-recht der Kollegen durch die Geltung kommen kann. Bis dahin oder vielmehr bis zu einer eingreifenderen Regelung durch den Verbandstag bilden die Vorschläge des Verbands-vorstandes die einzig tragbare Regelung.

Dem von tiefem Verantwortungsgefühl getragenen Referat des Verbandskassierers folgte eine sehr lebhaft geführte Aussprache, bei der naturgemäß die Kassierer-kollegen in den Vordergrund traten. Zur Grundlage der Generaldebatte über die Finanzlage des Verbandes und des gesamten Beitrags- und Unterstützungs-wesens dienen neben den vom Kollegen Schweini herausgestellten Notwendigkeiten noch einige wertvolle Anregungen und Vor-schläge zu dieser Materie aus mehreren Gauen. Insbeson-dere aber ein gründlich durchdachter Reformplan auf längere Sicht, den Kollege Kraft, der Kassierer des Gaus Mittelrhein, dem Verbandsvorstand übermittelte hatte. Die Ausführungen sämtlicher Redner waren getragen von der Verantwortung vor der Gesamtkollegenchaft, die Finanzen unserer Organisation weicher auf gesunder Grundlage zu erhalten, um besonders auch die Zukunfts-verpflichtungen im Invalidentafelunterstützungszweig sicher-

zustellen. Zu diesem Zweck muß jetzt Gegenwartsarbeit geleistet werden in Form einer Zwischenlösung. Die eigentliche Reform der gesamten Finanzgebarung soll dem nächsten Verbandstag überlassen bleiben. Von den einzelnen Disziplinierungsmaßnahmen wurde fernerhin ausgeführt: Die Gewerkschaftskonferenz muß sich auf Notmaßnahmen beschränken, zur Vornahme grundlegender Änderungen am Beitrags- und Unterstühtungsweisen befreit sie kein Mandat. Die jetzt von Vorstandseite vorgeschlagenen abermaligen Unterstühtungsleistungen zum notwendigen Ausgleich der Verbandsausgaben mit den Einnahmen werden begreiflicherweise dieselben Unwillen in den Mitgliederkreisen hervorzurufen, aber es bleibt kein anderer Ausweg. Das gilt namentlich vor der Invalidenunterstühtung, die den Verbandschat außerordentlich schwer belastet. Die übereinstimmende Meinung ging dahin, daß dieser Unterstühtungsweig trotz seiner unzweifelhaft großen organisatorischen Bedeutung unter den Auswirkungen der schimmigen Zeiträume von weiteren Zugriffen nicht verschont bleiben kann, und daß dabei nicht ausschließlich vom Gesichtspunkt ausgegangen werden darf. Anstre arbeitslosen Kollegen stehen heute oft viel schlechter da als die invaliden Kollegen. Gewerkschaftliche Pflicht ist es darum mindestens ebenso sehr, den Ärmsten der Armen hilfreich beizustehen. Gegenwärtig ist das Hauptaugenmerk auf die Arbeitslosenunterstühtung zu legen. Denn es ist klar, daß die Arbeitslosigkeit keine vorübergehende Erscheinung sein wird. Daraus folgt die Vornahme von Begrenzungen in anderen Unterstühtungsweigen von selbst. Zur Kompetenz der Gewerkschaftskonferenz gehört es, durch eine Wissenslösung eine Ausbalancierung der Verbandsmaßnahmen und -ausgaben herbeizuführen. Mängel im System wird der Verbandstag auszugleichen haben. Eine Herabsetzung des ordentlichen Verbandsbeitrags wurde nur vereinzelt befristet, dagegen die vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Freistellung vom Extrabeitrag bis zur Verdienstgrenze von 55 M. sowie die Einbeziehung der 40-Stunden-Kurzarbeiter in die bisher schon bestehenden Beitragserleichterungen für solche Kollegen, die weniger als 40 Stunden in der Woche arbeiten, allgemein begrüßt. Die angeregte Erhebung eines sogenannten Verwaltungsbeitrags fand in der Generaldebatte ebensowenig Befürwortung wie die vorgeschlagene nur 50prozentige Rückzahlung des Bezugsgeldes für den „Korr.“.

Die hier skizzierten hervorsteckenden Meinungsäußerungen in der allgemeinen Aussprache verdrängten sich im Laufe der dann folgenden Spezialdebatten zu einer Reihe von Anträgen auf Herabsetzung der Invalidenunterstühtung und der Reiseunterstühtung (in beiden Staffeln). Ein anderer Antrag betraf: „Die Extrabeiträge sind bei einem Verdienst von 61 M. an von 40 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Die Invalidenunterstühtung wird in jeder Staffel um 10 Pf. herabgesetzt.“

In der Spezialdebatte wurde die Steigerung der Extrabeiträge als unsicheres und obendrein zweifelhafte Mittel bezeichnet. Um die Herabsetzung der Invalidenunterstühtungsätze wäre nicht heranzutreten. Noch eine große Zahl alter Mitglieder stände vor der Invalidität. Andererseits wurden vereinzelt Wünsche laut nach einer Aufbesserung der Krankenunterstühtung und einer Wiederherstellung der Kurzarbeiterunterstühtung. Auch die Unterstühtung der Arbeitslosen muß ihre Grenzen haben. Eine Entlastung der Verbandskasse werde durch allmählichen Wegfall der Notstandsunterstühtung eintreten. Die Vorlage des Kollegen Kraft sollte einer zu bildenden Reformkommission überwiesen werden. Bezüglich der Dauer unfrer Unterstühtungen müsse etwas anderes geschaffen werden, aber nur durch den Verbandstag. Eine Beitragsherabsetzung würde unter den heutigen Zeitverhältnissen von den Arbeitslosen nicht verstanden werden. Dagegen könnten höherwertige gut einen Groschen mehr bezahlen, wenigstens die in den höchsten Staffeln, zumal sie sich meist in festen Positionen befinden. Das „Korr.“ Obligatorium dürfe durch Verringerung der Rückvergütung des Bezugsgeldes keinesfalls gefährdet werden. Eine Erhöhung der Rückvergütung an die Gauen wäre sehr wünschenswert, um deren Finanzgebarung nicht zu gefährden. Ein gesundes Prinzip im Kraftigen Reformplan sei es, die Leistungen in allen Unterstühtungsweigen so zu bemessen, daß sie zu den Beitragsleistungen im richtigen Verhältnis stehen. Das sei jetzt leider nicht der Fall. Es ist z. B. ein unhaltbarer Zustand, daß ein Ausgesteuerter noch Krankenunterstühtung bis zu 300 Tagen beziehen kann während die Arbeitslosenunterstühtung klassifiziert ist. Einheitliche Unterstühtungsätze für Kranke und Arbeitslose sollten geschaffen sowie die Invalidenunterstühtung zum Objekt einer Neuregelung gemacht werden, besonders bezüglich der Karenzen. Wenigstens wir an Traditionen im Unterstühtungsweisen nicht vorbeikommen, sei doch zu sagen, daß der gewerkschaftlichen Unterstühtung der Vorrang gebührt. Als Zwischenlösung bilde der Vorschlag des Verbandsvorstandes den geeigneten Weg. Der Beitrag in voller heutigen Höhe sei für Kollegen in kleinen Orten nicht mehr tragbar. Auch an eine Reform der Reiseunterstühtung in der heutigen Art des Reisens müsse gedacht werden. Gegen Kollegen, die sich jahrelang als Ausgesteuerte auf der Reise befinden und die Ortsstellen schwer belasten, sollte irgend etwas unternommen werden. Soweit er dazu in der Lage sein wird, muß der nächste Verbandstag einschneidende Maßnahmen treffen.

Zwischendurch plädierte der Verbandskassierer nochmals für die Annahme der Vorlage des Verbandsvorstandes. Bei ihrer Beratung habe der Verbandsvorstand

auf Grund der an ihn gelangten Stimmen aus den Gauen damit rechnen müssen, daß in dieser Konferenz eine allgemeine Beitragsherabsetzung vertreten werden würde. Dementsprechend wurden die Vorschläge gehalten. Die jetzt hier beantragte Erhöhung des Extrabeitrags um 10 Pf. dürfte in Stadtgauen auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen. Dieser Vorschlag hätte nur schon früher gemacht werden sollen. Er will die erste Staff. I. bis 60 M., von der Erhöhung ausschließen, wodurch die Berechnung der Mehreinnahmen sehr erschwert worden ist. Mit Recht sei hier auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstühtung hingewiesen worden. Deren Bedeutung wird noch steigen, nachdem die staatliche Arbeitslosenversicherung „aufgedockt“ ist und kaum ihr Anfangsstadium wieder erreichen wird. Auf Einzelheiten, wie sie im Verlauf der Debatte zutage traten, sei er in seinem einleitenden Referat absichtlich nicht eingetreten, obwohl diese Berücksichtigung verdienen bei einer durchgreifenden Reform. Bei den vorgeschlagenen Änderungen spielten Einzelwünsche eine geringere Rolle. Erwähnt sei noch, daß die persönlichen Verwaltungskosten in der Hauptverwaltung gegenüber dem Vorjahr einen starken Rückgang (um 17 000 M. = 25 Proz.) erfahren haben; auch die Kosten des „Korr.“ sind um über 25 000 M. zurückgegangen. Die Ersatzbrüder der sonstigen Ausgaben der Hauptverwaltung liegt leider nicht allein in unserer Macht, weil darin Ausgaben enthalten sind, die auf gewerkschaftliche Einrichtungen und andre kulturelle Zwecke entfallen.

Im weiteren Verlauf der Debatte bemerkte der Verbandsvorsitzende gegenüber dem Vorwurf, daß der Frankfurter Verbandstag im Ausmaß der Unterstühtungsätze zu weit gegangen sei, daß damals eben andre Zeiten waren als sie später kamen und noch heute sind. Worin wir uns übernahmen, war die Schaffung einer unbegrenzten außerstatutarischen Notstandsunterstühtung, wie sie keine andre Gewerkschaft aufzuweisen hatte. Bei der Reformierung stehen wir selbst bei Funktionären auf schwere Widerstände, und es kam insoweit nur zu Kompromißlösungen. Schwere Hindernisse waren zu überwinden, um die riesigen Ausgaben für die Notstandsunterstühtung mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Trotzdem wurde der Ibersicht nie verloren. Ähnlich liegt es bei der Invalidenunterstühtung. Während im Jahr 1913 78 beitragszahlende Mitglieder auf einen Invaliden entfielen, sind heute 11 bis 12 Beitragszahler nötig, um einen einzigen Invaliden über Wasser zu halten. Aus den gemachten Erfahrungen gilt es zu lernen, und die Einbeziehung einer Reformkommission, die in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand definitive Maßnahmen durch den Verbandstag vorbereitet, wäre zu begrüßen. Niemand vermag heute zu sagen, wo der Beharrungsstand der Unterstühtungsleistungen liegt.

Im weiteren Debatteverlauf wurde von verschiedenen Rednern noch für die Annahme der Vorstandsberichte als Wissenslösung eingetreten. Gegen den Vorschlag der Stadtgauen auf Beitragserhöhung wurden Bedenken geltend gemacht. Andre wiesen darauf hin, daß auch auf dem Verbandstag weder eine Beitragserhöhung noch eine Herabsetzung möglich sein werde. Auf die Dauer sei höchstens eine Beitragsstaffelung mit entsprechender Staffelung in den Unterstühtungsätzen denkbar. Auf keinen Fall aber würde die hier geführte prinzipielle Debatte nutzlos gewesen sein. Mehr als jemals sei auf dieser Konferenz in die wichtige Materie eingestiegen worden.

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung wurde zunächst der Antrag auf Beitragserhöhung mit allen gegen sechs Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde unter Berücksichtigung eines Vermittlungsvorschlags der Rückzahlung der Invalidenunterstühtung (um 20 Pf. täglich), der Reiseunterstühtung (um 25 Pf. täglich) sowie des Begränzungsgeldes (40-M.-Staffelung) mit allen gegen drei Stimmen zugestimmt. Sodann fand die abgeänderte Gesamtvorlage des Verbandsvorstandes einstimmige Annahme.

Ein Antrag, die zukünftige Behandlung ausgesteuerter reisender Mitglieder betreffend, wurde dem Verbandsvorstand als Material für den nächsten Verbandstag überwiehen.

In die allseitig gewünschte Kommission zur Vorbereitung der Unterstühtungsreform wurden die Kollegen Müller (Köln), Schlegler (Berlin), Kraft (Mannheim), Schoeder (Dresden), Römer (Leipzig) und Friederichs (München) gewählt.

Die Wahl des neuen Verwalters für die Gewerkschaft des „Korr.“ fiel, wie wir schon in voriger Nummer unter „Allgemeine Rundschau“ kurz berichtet haben, auf den bisherigen Obmann der Zentralkommission der Handwerker, den Kollegen Otto Fiedler (Berlin). Es waren auf die diesbezügliche Ausschreibung dieser Stelle in Nr. 85 des „Korr.“ insgesamt 246 Bewerbungen eingelaufen; diese wurden von einer besonderen Kommission des Verbandsvorstandes in mehreren Sitzungen geprüft und sichtet, woraus schließlich 14 der Bewerber der Gewerkschaftskonferenz nach eingehender Darlegung der einschlägigen Gesichtspunkte durch den Verbandsvorstand zur engeren Wahl unterbreitet werden konnten. Bei der dann in geheimer Abstimmung vorgenommenen Wahl stellten auf den Kollegen Fiedler 33 Stimmen.

Damit fanden die Verhandlungen des zweiten Tages gegen 10 Uhr abends ihren Abschluß.

Am Vormittag des dritten Verhandlungstages wurden die zu den am 18. Dezember angefertigten Vorberhandlungen für den Manteltarif inzwischend ausgesprochenen Antragsvorlagen der beiderseitigen Tarifparteien einer eingehenden Besprechung unterzogen. Es handelte sich dabei um die Erledigung eines Teils der Protokollklärungen aus der Vereinbarung vom 14. Mai dieses Jahres über den Manteltarif, die in Nr. 40 des „Korr.“ vom 19. Mai veröffentlicht wurde und u. a. folgenden Wortlaut hatte:

2. die Parteien sind darüber einig, daß a) über etwaige Veränderungen der Ortszuschläge, b) über Anlage A des Manteltarifs und die Sonderbestimmungen in den §§ 11 bis 22 so rechtzeitig in Verhandlungen eingetreten wird, daß Ergebnisse bezüglich a) Ende Januar 1933, bezüglich b) Ende November vorliegen.

Falls eine Einigung nicht erzielt wird, sind die Ergebnisse dem Vorsitzenden des Zentral-Schlichtungsamtes bis zum 15. Dezember 1933 bzw. 15. Dezember 1932 einzureichen, damit er alle Maßnahmen treffen kann, die es ermöglichen, Entschreibungen über die beiden Punkte spätestens bei Ablauf dieses Manteltarifs zu treffen.

Dieser Teil der damaligen Protokollklärungen bedeutet also nur die Prüfung etwaiger Möglichkeiten einer späteren Veränderung des noch bis 31. März 1933 gültigen Manteltarifs. Es kommt also zunächst nur eine vertagte Erörterung der bei den diesjährigen Manteltarifverhandlungen unerledigt gebliebenen Anträge der Tarifparteien in Betracht, und zwar ohne weitere vertragserzählige Verpflichtungen für die Laufdauer des gegenwärtigen Manteltarifs. In der Hauptsache bildeten die früheren Abänderungsanträge der Tarifparteien die Grundlage der jetzigen Beratungen der Tarifparteien; zunächst jene über die Sonderbestimmungen in den §§ 11 bis 22 des Manteltarifs (für Drucker, Stereotypen, Handfeger und Maschinenseher). Von einer nochmaligen Veröffentlichung dieser Anträge haben wir oben schon in Nr. 99 vom 10. Dezember d. J. angegebenen Gründen Abstand genommen. Es verlohnt sich auch jetzt nicht, nachdem bis zum redaktionellen Abschluß der vorliegenden Nummer in zweitägigen Kommissionsverhandlungen die beiderseitigen Anträge zu den Paragraphen 15 bis 20 (Drucker und Stereotypen) schon durchberaten worden sind, näher darauf einzugehen. An der an dieser Stelle in Nr. 99 gegebenen Beurteilung der Sachlage hat sich durch den Verlauf und die „Ergebnisse“ der Beratungen am 13. und 14. Dezember nicht das geringste geändert. Es ist vielmehr nur eine Bestätigung der Richtigkeit unfrer bezüglichen Bewertung der prinzipialseitigen Anträge zu verzeichnen. Eine andre Erledigung dürfte auch für den weiteren Teil dieser Anträge (Hand- und Maschinenseher) kaum noch zu erwarten sein. Und daß die von den Prinzipalen erteilte Reaktion der Ortszuschläge, worüber die Beratungen erst Mitte Januar nächsten Jahres beginnen sollen, ein positives Ergebnis bringen könnten, dürfte ebenso fragwürdig sein. Es hat deshalb auch jetzt keinen praktischen Wert mehr, noch über die diesbezügliche Stellungnahme der Gewerkschaftskonferenz zu berichten. Eine andre Beurteilung der prinzipialseitigen Anträge war nach Lage der Dinge weder aus tarif- noch wirtschaftspolitischen Gründen möglich. Unfrer Organisationsvertreter haben bei den Verhandlungen mit den Prinzipalvertretern in erfreulicher und wirksamer Zusammenarbeit in den Sachverhältnissen der in Frage kommenden Sparten im Sinne der Gewerkschaftskonferenz und der gesamten Kollegenarbeit gehandelt und den Prinzipalvertretern in überzeugender Weise nachgewiesen, daß sie sich in allen diesen betrüßlichen Spezialfragen auf einer sehr schiefen Ebene befinden, auf der sie weder Vorbeeren noch sonstige Vorteile ernten, vielmehr nur eine weitere Zerrüttung ihrer betriebswirtschaftlichen Grundlagen herauszufechen, wenn sie auch fernerhin von solchen gewerkschaftlichen Tendenzen nicht Abstand nehmen.

Im Anschluß an die Besprechung tariflicher Fragen schritt die Gewerkschaftskonferenz zur Beschlussfassung über den Verbandsrat. Schon während der Beratung der Finanzlage des Verbandes war im Hinblick auf die Unübersichtlichkeit der gesamten wirtschaftlichen Lage in den nächsten Monaten, wie auch unter Berücksichtigung einer viel zu kurzen Auswirkung der unvermeidlich gewordenen Veränderung der Einnahmen- und Ausgabenverhältnisse des Verbandes die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung des Verbandstages um einige Monate bis zu einem Zeitpunkt, in dem sich diese Auswirkungen zuverlässiger beurteilen lassen, zur Erwägung gekommen. Die Notwendigkeit einer gründlichen Reform des Unterstühtungsweises des Verbandes, eine größere Übersicht über die Auswirkung der jetzigen Notmaßnahmen, insbesondere aber eine gründliche Vorbearbeitung der erforderlichen Grundlagen für eine Generalkonferenz der Unterstühtungseinrichtungen unfrer Verbandes gaben schließlich den Anstoß für die Abhaltung des nächsten Verbandstages erst im dritten, statt wie ursprünglich beabsichtigt, schon im zweiten Quartal, und zwar in der ersten Hälfte des September 1933. Aus wesentlichen Ersparnisgründen wurde auch davon abgesehen, bei dem vom Frankfurter Verbandstag beschlossenen Tagungsort Stuttgart zu bleiben. Es wurde dafür Berlin gewählt, wo der Verbandstag in möglichst einfachem Rahmen und bei wesentlicher Beschränkung seiner Dauer ohne besondere Belastung der Gaukassen abgehalten werden soll. Bei der Abstimmung kam dieser Beschluß mit allen gegen eine Stimme zustande. Zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen des dritten Tages gelangte der Punkt „Recherche“ zur Verhandlung.

Der Verbandskassierer wies auf die Verpflichtung zu regelmäßiger Kassenkontrolle sowie auf die Notwendigkeit

geregelter Buchführung in allen Mitgliedschaften hin. Keinesfalls dürfe man sich nur auf Listen oder Zettel beschränken. Auf Unterweisung der Revisor („Ratgeber“) und pünktliche Beitragsabführung sei gleichfalls zu achten. Daran schloß sich die Bepropfung örtlicher Bewegungen und der daraus für die Organisation entstehenden Konsequenzen. Bängere Zeit beanpruchte dann die Erörterung des vom DDBL gegen den Verband geführten Prozesses auf Unterlassung von Kampfhandlungen wegen Abbaues der Überleitungsstelle. Über den Stand der Klage wurde vom Verbandsvorstand ausführlich berichtet, und die Konferenz stimmte seiner Auffassung in vollem Umfang zu.

Ein besonderes Kapitel unter den sonst noch beim letzten Tagesordnungspunkt erörterten zahlreichen verwaltungstechnischen und organisatorischen Angelegenheiten bildeten die Ausschüsse von Mitgliedern wegen Zugehörigkeit zur G.M. und G.S. der Nationalsozialistischen Partei. Vom Vorstandsreferenten wurde dazu einleitend ausgeführt: Der Verbandsvorstand möchte in dieser Frage einfach auf die Ausführungen verweisen, die auf den beiden letzten Gauwerkskonferenzen im Jahr 1930 („Korr.“ Nr. 5 vom 15. Januar und Nr. 103 vom 24. Dezember 1930) zur Ausschlußfrage bei gewerkschaftsfeindlichen Handlungen einzelner Mitglieder zum Ausdruck kamen und als maßgebend auch heute noch gelten. Da aber nun in einer Reihe von Entschlüssen aus letzter Zeit aus weiten Mitgliedkreisen eine schärfere Abwehr gegenüber solchen Zerstückelungsversuchen verlangt wird, macht sich eine notwendige Stellungnahme auch der jetzigen Konferenz notwendig. Denn es ist besonders zu beachten, daß gerade in letzter Zeit in verstärktem Maß von links wie rechts auf die Gewerkschaften losgeschüttelt und die unversämtesten und verlogensten Beschlüßungen gegen sie in die Welt gesetzt wurden; wobei besonders ein gewisses und charakteristischer Kampf gegen die Gewerkschaftsführer entfaltete wird. Das Jahr 1932 mit seinen fortlaufenden Wahlkämpfen bot allen Gegnern der Gewerkschaften ausnahmsweise Gelegenheit zu einem wahren Trommelfeuerschwäbiger Verleumdungen und gemeiner Verdächtigungen gegen alle Vertrauenspersonen der Gewerkschaften, von den Vorstandsmitgliedern bis zu den Betriebsvertretern. In diesem Kampf weiteten sich die R.G.D. und N.S.D. in niederträchtigster Weise miteinander, was sich besonders beim letzten Berliner Werksstreik zeigte, wo R.G.D., N.S.D. im trauten Verein mit den Unorganisierten gegen die Gewerkschaften hetzten. Durch dieses jahrelang geübte Bemühen, die Gewerkschaften zu zerstückeln, wurde weiter nicht als eine grenzenlose Verwirrung in die Arbeiterschaft getragen, das Vertrauen erschüttert, die Kampfesfreude gelähmt, Bitternis und Verzweiflung hervorgerufen. Auf dem Boden dieses gefählichen Bruderkampfes ging leider nicht die Saat der erforderlichen Einheitsfront auf; es entstanden vielmehr nur noch neue Sumpfgebilde und entwidelten sich besondere Nazigruppen als Schutztruppe oder Prätorianergarde für die Unternehmer. Es trug sich auch heute noch der Verbandsvorstand der Ansicht, daß im allgemeinen eine entscheidende und grundsätzliche Stellungnahme zu allen diesen Dingen in unserer Organisation dem nächsten Verbandstag vorbehalten und es bis dahin bei der bisher geübten Praxis unser Abwehr hielten sollte. Die Entwicklung hat gezeigt, daß unsere bisherige Stellungnahme zu diesen Erscheinungen durchaus richtig war und sich zum größten Teil bewährt hat. Nur dadurch ist es möglich gewesen, trotz aller sogenannten Schläubel und Tüde einen größeren Einfluß unser Gegner auf unsere Organisation zu verhindern. Daran konnten alle großen Kundgebungen und die gewissenlosesten Publikationen der Gewerkschaftsfeinde nicht viel ändern.

Deshalb wurde deren Propaganda immer mehr in die Betriebe verlegt, weil sie glauben, da besser an die Waffen heranzukommen. Alle wollen die Betriebe erobern, die R.G.D., die N.S.D. („Hitl“), die Selbsthilfsorganisation des Stahlhelm, der Reichsverein vaterländischer Arbeiter usw. Aberall versucht man, Kampfausschüsse gegen die „marxistische“ Gewerkschaftspolitik zu bilden und das letzte und fälschliche Volkswort der Arbeiterschaft zu zerföhren. Aber gerade deshalb haben alle diese Zerstückelungsversuche innerhalb unsres Verbandes wenig Anhang gefunden. Und wenn auch manche Mitgliedschaften diesem Treiben gegenüber eine schärfere Abwehr als bisher fordern, so muß doch beachtet werden, daß auch diese Frage weniger mit dem Gefühl als mit dem Verstand beurteilt werden muß. Wir haben eine Anzahl Mitglieder wegen ihres gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens ausgeschloffen und werden auch in Zukunft auf diesem Gebiet mit größter Vorsicht handeln. Manger junge Kollege ist sich in dieser Frage der Tragweite seines Verhaltens nicht recht bewußt; Not und Verzweiflung sind dabei nicht selten ausschlaggebend und verleiten zu der trügerischen Hoffnung, auf anderen Wegen aus dem Elend herauszukommen. Demgegenüber hat sich unsere Haltung in den meisten solcher Fälle als richtig erwiesen und die Schattenseiten solcher parteipolitischen Verwirrungen nicht in so starkem Maß zur Auswirkung kommen lassen. Deshalb erscheint dem Verbandsvorstand auch die Notwendigkeit einer Änderung unserer bisherigen Haltung auf diesem Gebiet vor dem nächsten Verbandstag nicht unerwünscht zu sein. Nur in Sachen, und da besonders im Gau Dresden, dürfte gegenüber der sogenannten Kaufsgruppe für das Buchdruckgewerbe der N.S.D. ein schärferes Durchgreifen seine Berechtigung haben, obwohl auch da verhältnismäßig nur wenige Buchdrucker in diese Sache verwickelt sind; aber die besonders niederträchtigen Verleumdungen unserer Verbandsinstitutionen und -einlagen weniger rückwärts rechtfertigen. Der von dieser Seite erhobte große Einbruch in den Verband der Deutschen Buchdrucker ist auch nicht gelungen, nachdem einige Ausschüsse wegen der Mitgliedschaft bei der N.S.D. vom Verbandsvorstand bestätigt

worden sind. Der Verbandsvorstand vertritt die Auffassung, daß die Mitgliedschaft bei der N.S.D., bei der „Hitl“ („Sinnlich in die Betriebe“), bei der N.S.D. (nationalsozialistische Betriebsorganisation) und im Reichsverein vaterländischer Arbeiter mit der Mitgliedschaft in unserm Verband nicht vereinbar ist. Es handelt sich dabei um Gruppen, die sich durchweg gewerkschaftsfeindlich betätigen. Auch wer sich bei den Wahlen zu sozialen Körperchaften (Krankenkassen, Betriebsräte usw.) auf gewerkschaftsfeindliche Listen aufstellen läßt, hat mit dem Ausschluß zu rechnen, wenn er sich durch entsprechende Aufklärung nicht davon abbringen läßt.

Die Konferenz stellte sich schließlich auf den vom Verbandsvorstand vertretenen Standpunkt, mit dem man bis zum nächsten Verbandstag auszukommen gedenkt. — Solche Mitglieder, die zukünftig herabsetzende Kundschreiben gegen Organisationsbestrebungen versenden oder gegen die Verbandsleitung gerichtete Flugblätter oder parteipolitische Oppositionsorgane verantwortlich zeichnen oder herausgeben, sollen mit Zustimmung der Konferenz in jedem Fall von dem zuständigen Gauvorstand zur Verantwortung gezogen werden.

Nachdem noch mehrere Anregungen in bezug auf wünschenswerte statische Feststellungen gegeben worden waren, kamen die Gehaltsverhältnisse der Verbandsangehörigen zur Sprache. Diese erklärten ihre Bereitwilligkeit zu einem weiteren Gehaltsverzicht. Die dafür in Anrechnung an die Frankfurter Gehaltsbestimmungen festgesetzte Prozentzahl vor bisher 22 1/2 wurde auf 30 bzw. 35 Proz. erhöht.

Damit hatte die dreitägige Konferenz ihr reiches Arbeitspensum in der zehnten Abendstunde erschöpft.

In seinem Schlußwort führte Kollege Kr a u z aus: Wöhl fetten hat eine Gauvorsichtersonferenz getagt, die in dreitägiger Beratung bis in die späten Nachstunden eine solche Fülle von Material zu verarbeiten hatte. Es ist gründliche Arbeit geleistet worden. Die gefährlichen Aussprüche waren bestimmt dazu angetan, nicht nur aufklärend zu wirken, sondern auch vorbauend für unsre Arbeit in Zukunft zu sein. Die beschlossenen Unterstützungsfürungen werden für die Unterhaltungsempfehlung zwar recht schmerzhaft sein und wir bebauern, zu solchen Beschlüssen kommen zu müssen. Aber in unserm Haushalt muß Ordnung herrschen, daher diese Maßnahmen. Es ist trotzdem zu hoffen, daß genügend Verständnis von den Mitgliedern draußen im Land den organisatorischen Notwendigkeiten entgegengebracht werden wird. In unserer Mitte sind leider eine Reihe von Kollegen, die wir wohl auf unser nächsten Konferenz nicht mehr unter uns sehen werden, weil sie aus Altersrücksichten aus ihrem Tätigkeitsbereich scheiden, nämlich die Kollegen Braun und Albrecht (Berlin) und Kungler (Hamburg) sowie Krahl (Berlin). Ferner scheidet noch aus der langjährige Verwalter und Expedient des „Korrespondent“, Kollege Bösch. Es kann hier nicht auf eine Würdigung der langjährigen Arbeit eines jeden einzelnen Kollegen eingegangen werden, nur summarisch sei ihnen dafür Dank und Anerkennung ausgedrückt. Die Mitarbeit dieser Kollegen in seltenen Stellungen ist für die Organisation ungemein wertvoll gewesen, sie zählten mit zu den stärksten Stützen des Verbandes. Dank auch an die Bildergilde Gutenberg für ihre kleine Widmung. Damit ist unsre Konferenz beendet in der Hoffnung, daß unsre Beschlüsse und unser Meinungsaustausch zum Segen unsrer Organisation und zur Einigkeit der Kollegenchaft beitragen mögen.

**Korrespondenzen**

**Nachen.** Unsre Versammlung am 12. November wies einen ziemlich guten Besuch auf. Vorherrschender R i k e n gedachte zunächst des verstorbenen Kollegen Nitrow und unsres früheren Gauvorsichters Joseph Betram, denen er tiefempfundene Worte des Gedenkens widmete. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der verstorbenen Kollegen von ihnen Sten. Nach Begrüßung unsres Gauvorsichters Joseph Betram, der als Referent in unsrer Mitte weilte, gab er geschäftliche Mitteilungen bekannt und erwähnte u. a., daß die große Not der arbeitslosen Kollegen es verlange, daß ihnen zu Weihnachten eine größere Beihilfe gegeben wird. Er beantragte, dem Beschluß des Bezirksvorstandes zuzustimmen und ankant der 1 M. wie im vorigen Jahr in diesem Jahr 1,50 M. als Rückvergütung aus der Bezirkskasse an die Orte zu zahlen. Die Versammlung stimmte dem Antrag zu. Nach Erledigung des Rassenberichts referierte Kollege L ö f f n e r über „Wektisse und Arbeiterchaft“. Er verband es meisterhaft, in tiefgründiger Weise die wahren Ursachen der Krise aufzuzeigen. Die moderne Arbeiterbewegung werde aber trotz aller Bekämpfung durch die reaktionären Parteien dennoch ihr Ziel zu erreichen wissen: Aufstieg der Arbeiterschaft zur höheren Kultur. Zum Schluß wies der Referent noch auf die vorbildlichen Leistungen unsres Verbandes hin und richtete einen warmen Appell an die Kollegen, sich noch enger anzuschließen an die Ziele der „Eisernen Front“. In der sich nun entwickelnden kurzen Debatte, in der dem Referenten noch einige Fragen zur Beantwortung vorgelegt wurden und die er zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortete, gab er noch einen ausführlichen Bericht über interne Vorformnisse in Düsseldorf. Aufschließend streifte er die letzten Notverordnungen und rühte die „Taten“ der arbeitereindlichen Regierung in das rechte Licht. Die Papierregierung wäre nicht möglich gewesen, wenn Hitler den Baronen nicht in den Sattel geholfen hätte. Er schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Kollegenchaft ihre Aufgabenwendung hieraus ziehen möge. Die Versammlung beschloß abzuhandeln, die bei uns schon zur Tradition gemordene Kinderbeschränkung infolge ungnütiger Kaiserverhältnisse leider in diesem Jahr ausfallen zu lassen. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten schloß Referent die R i k e n die Versammlung mit der Aufforderung, ferner dem Verband die Treu: zu bewahren.

**Göppingen.** Der Bezirksverein Hohenstaufen-Teil hielt am 27. November am Borort seine F e r d e s t - V e r s a m m l u n g ab, der in Anbetracht der heutigen Zeit ein besserer Besuch zu wünschen gewesen wäre. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender W e i d e eines verstorbenen Kollegen. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Referat des Kollegen L e b e r (Stuttgart) über „Die Gewerkschaften in der Krisenzeit“. In seinen einleitenden Ausführungen befristigte sich der Referent u. a. auch mit den verschiedenen Papennotverordnungen zur „Anrufelung“ der Wirtschaft und zur Stützung des inneren Marktes durch die Kontingenzierungsmaßnahmen. Die Behebung der Wirtschaft könne nicht durch getarnten Lohnabbau erfolgen, ebenso könne der innere Markt nicht gestützt werden, wenn dem größten Teil des Volkes etwas geraubt werde, das dem kleineren Teil zustehe. Die heute noch in Arbeit Stehenden wären gern zu einem Opfer bereit gewesen, wenn sie die Gewerkschaft gehabt hätten, daß damit den Arbeitslosen auch wirtschaftlich geholfen wäre. Aber nicht nur innenpolitisch, sondern auch auf internationalem Gebiet habe uns die Baronsregierung großen Schaden gebracht. In diesem Zusammenhang befristigte sich der Referent auch mit der neuen Taktik der N.S.D.A.P. („Kampf gegen die feinen Leute“, Beteiligung an Streiks usw.). Kollege Lieber kam dann auf organisatorische Fragen zu sprechen. Das vorläufige Ergebnis der Weihnachtsammlung in unserm Gau habe auch in diesem Jahr wieder ein ganz erfreuliches Ergebnis gezeigt. Der Referent verlas bei dieser Gelegenheit einige Briefe von arbeitslosen Kollegen, in welchen das Elend und die Verzweiflung ganz ergreifend vor Augen geführt wird. Jede persönliche Berührungsmöglichkeit lassen, alle Fragen gemeinsam beraten und aufklären, sei das dringende Gebot der Stunde. Nur dadurch werde es möglich, das heutige System zu befechtigen und die Arbeiterklasse einer besseren Zukunft entgegenzuführen. In der anschließenden Aussprache beteiligten sich nur drei Kollegen, so daß sich der Referent in seinem Schlußwort kurz fassen konnte. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Bezirksversammlung besser besucht sein möge.

**Allgemeine Kundschau**

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosenstellung in unserm Verband im Monat N o v e m b e r erstreckte sich auf 204 Berichtstellen. 26 von diesen mit 4061 Mitgliedern fanden keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 87 500 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 29 662 (gegen 30 812 im Oktober). Berufszug arbeiteten 15 336 (gegen 16 685 im Oktober), nämlich bis zu 8 Stunden 10 563, 9 bis 16 Stunden 3179, 17 bis 24 Stunden 1218, 25 und mehr Stunden 386. Aus nachstehender Vergleichstabelle ist Näheres zu ersehen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den beiden letzten Jahren:

Monat	arbeitslos waren	verkörrt arbeiteten			
		bis zu 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	25 u. mehr Stunden
Januar . 1931	19 479	3 455	903	462	16
Februar . 1931	19 139	2 195	908	480	120
März . . . 1931	19 213	2 200	821	458	47
April . . . 1931	19 272	2 052	802	401	43
Mai . . . . 1931	20 026	2 627	780	412	33
Juni . . . . 1931	20 578	2 823	813	579	46
Juli . . . . 1931	22 899	3 265	1641	900	81
August . . 1931	25 653	6 985	3362	1594	264
September 1931	26 035	8 080	2944	1484	301
Oktober . 1931	27 376	9 236	3100	1658	603
November 1931	27 190	9 775	2558	1174	432
Dezember 1931	27 887	8 659	2399	1020	269
Januar . . 1932	28 851	8 992	2736	1180	222
Februar . . 1932	29 280	8 401	2661	1126	257
März . . . . 1932	30 512	7 771	2226	1047	240
April . . . . 1932	29 429	7 430	2226	1088	139
Mai . . . . 1932	29 388	7 980	2518	1039	393
Juni . . . . 1932	30 309	8 103	2519	1138	353
Juli . . . . 1932	30 659	7 845	2714	1189	346
August . . 1932	31 757	8 181	3262	1493	343
September 1932	31 494	9 440	3376	1411	331
Oktober . 1932	30 812	10 786	3512	1252	415
November 1932	29 062	10 553	3170	1218	386

**Vom Zeitungskriegsplan.** Am 14. Dezember waren sechs Monate vergangen seit der Inkraftsetzung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932, deren zweiter Abschnitt das Pressenotrecht regelt und die Pressefreiheit so gut wie gänzlich unterbindet. Das hat sich während der bisherigen Geltungsdauer der rückschrittlichen Verordnung sehr deutlich gezeigt. Wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, sind in den verfloffenen sechs Monaten sozialdemokratische Zeitungen innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs auf 448 Tage verboten worden. Insgesamt sind 45 Verbote ausgesprochen worden, 72 Zeitungen, einschließlich der Kopfschläger, sind von diesen 45 Verboten betroffen worden. Keine Verbote sind ausgesprochen worden in den Freistaaten Bayern, Baden, Württemberg. Die 45 Verbote verteilten sich wiehin auf die übrigen Länder. Braunschweig hat zwei Verbote ausgesprochen, nachdem es unter der Herrschaft der alten Presseverordnung von 1931 bereits dreimal den „Volksfreund“ verboten hatte. Der Freistaat Anhalt hat dreimal die anhaltische Presse verboten, Oldenburg zweimal, Thüringen nicht weniger als sechsmal, Mecklenburg-Schwerin zweimal. Der Rest entfällt auf Preußen. Von der kommunistischen Presse wurde „Die Rote Fahne“ am stärksten von der eigenartigen Verbotspraxis betroffen, unter der das technische Personal mit am schwersten zu leiden hat. Das letzte, vom Berliner Polizeipräsidenten am 25. November ausgesprochene Verbot der „R o t e F a h n e“ ist nur drei Tage abgefrist worden. — Nachgetragen sei hier noch, daß in der Klage des Vereins Deutscher Zeitungsverleger gegen den Berliner „A r g u m e n t“ auf Unterlassung der weiteren Verbreitung des Parteibeispiels vom September d. J. über den

Bspott der sogenannten bürgerlich-nationalen Presse der „Angriff“ verurteilt wurde, eine Bspottkaffeezerkerbung bei Vermeidung einer Geldstrafe für jeden einzelnen Fall der...

Zur Abwehr von Trübsinn und Unterstellungen. Die Tatsache, daß einige maßgebende Vertreter des DGB, der Einladung des jetzigen Reichsanwalters v. Schleifer gefolgt sind, um ihn rüchaltlos über die Forderungen und der freionterisierten Arbeitererschaft zu informieren und auf die Gefahren hinzuweisen, die in einer Fortführung des Papenturfes liegen, hat die Luft zum Fabulieren und — Denunziieren über das Thema Leipzig und Schleifer hart angezogen. Erfreulicherweise läßt es jetzt der Bundesvorstand des DGB, in jedem Fall an energischer Zurückweisung von tendenziösen Darstellungen nicht fehlen. Neuerdings gab die Veröffentlichung einer Unterredung zwischen dem Bundesvorsitzenden Theodor Leipart und einem Pariser Journalisten, von der in der Pariser Presse Notiz genommen wurde, dem Kollegen Leipart Veranlassung zu folgendem Schreiben an die Schriftleitung des Pariser „Gefist“: „In Ihrer Ausgabe vom 4. Dezember d. J. bringen Sie unter der Überschrift „Die Unterhandlungen zwischen Schleifer und den Arbeitergewerkschaften“ einen Bericht Ihres Korrespondenten aus Berlin, der eine Unterredung mit mir wiedergibt. Dieser Bericht enthält mehrere Unrichtigkeiten, die mich zwingen, Sie um folgende Richtigstellungen zu ersuchen: 1. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir die Frage gestellt hätte, ob der von mir geleitete Gewerkschaftsbund dem General v. Schleifer die für die Befestigung seiner Macht benötigte Waffenruhe gewähren würde. Ebenfalls hat Ihr Korrespondent selber gewagt, daß über eine solche Waffenruhe nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Parteien im Reichstag zu entscheiden hätten. 2. Es ist unwar, daß ich erklärt hätte, die Regierung müsse für einige Zeit die Versärfungs- und Wabrreformpläne beiseite lassen. Ich habe vielmehr Ihren Korrespondenten auf die Mitteilungen der Presse verwiesen, daß Herr v. Schleifer selber diese Reformpläne nicht für zeitgemäß halte. 3. Es ist unrichtig, daß Ihr Korrespondent mir vorgehalten hätte, die Gewerkschaften würden gegen einfache Versprechungen sich der militärischen Kontrolle unterwerfen. 4. Es ist deshalb auch unwar, daß ich auf die Worte „militärische Kontrolle“ ein protestierendes Aufspringen nicht habe unterdrücken können. Hätte Ihr Korrespondent eine solche oder ähnliche Bemerkung zu mir geäußert, so würde ich die darin liegende beleidigende Unterstellung mit denselben Worten zurückgewiesen haben. 5. Es ist unrichtig, daß ich eine lebhaftige Bewunderung für Herrn v. Schleifer geäußert hätte. Mein angeleglicher Eifer, den Ihr Korrespondent bemerkt haben will, zeigte sich höchstens, als Ihr Korrespondent wiederholt die Ansicht vertrat, die Berufung des Generals zum Reichsanwalt werde in Frankreich große Verwunderung hervorrufen. Ich habe geantwortet, daß angesichts der Friedensliebe des deutschen Volkes hierfür kein Grund vorliege und daß auch v. Schleifer nicht der Mann sei, wie Ihr Korrespondent sich ihn anscheinend vorstelle.“

Aufhebung des Tariflohnabbaues. Im „Reichsanzeiger“ wurde eine Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht über die Aufhebung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Die Verordnung trägt das Datum vom 14. Dezember; Sie hat folgenden Wortlaut: „Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 6. September 1932 (RGBl. I S. 433) tritt hinsichtlich ihres 1. Teils am 31. Dezember 1932, im übrigen am 31. Januar 1933 außer Kraft. Hat ein Arbeitgeber am Tage der Verkündung der vorliegenden Verordnung von dem 1. Teil der Verordnung vom 6. September 1932 Gebrauch gemacht und nachweislich Aufträge übernommen, deren Erbringung ihm bei Wegfall der Tariflohnunterbrechung erheblichen Schaden verursachen würde, so kann auf seinen Antrag der Schlichter für den Betrieb oder die Betriebsabteilung mit bindender Wirkung anordnen, daß die Berechtigung oder Ermächtigung zur Tariflohnunterbrechung unter den bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen bis zum 31. Januar 1933 bestehen bleibt. Aufträge, die nach dem 31. Dezember 1932 bei dem Schlichter eingehen, sind nicht zu berücksichtigen.“

Widerständige Gesellschaftsordnung. Das Unternehmen Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt AG, in Berlin hat insgesamt zehn Direktoren. Diese Herren haben im vergangenen Geschäftsjahr die Summe von 1.100.000 M. bezogen. Auf jeden entfällt also das runde Stimmchen von 110.000 M. Das ist ungefähr so viel wie 2300 Arbeitslose in Zahl Unterstüfung erhalten.

Frauenüberschuß in den deutschen Großstädten. Die meisten unserer Großstädte haben einen erheblichen Frauenüberschuß aufzuweisen. Die frauenreichste Stadt der Welt ist Berlin. Hier entfallen auf 1000 Männer 1177 Frauen. Der Frauenüberschuß beträgt 326 000 insgesamt. Im Gegensatz dazu herrscht in allen Großstädten Amerikas starker Frauenmangel. Am stärksten ist der Berliner Frauenüberschuß in dem Lebensalter von 15 bis 45 Jahren. 43 511 Berliner Mädels im Alter von 14 bis 30 Jahren warten bis jetzt vergeblich auf einen Mann. Die jüngste Berliner Generation von 1 bis 14 Jahren weist im Gegensatz dazu einen kleinen Knabenüberschuß auf. Das ist nur ein schlichter Trost für die weibliche Jugend über 15 Jahre. Den Frauen und Mädels der Reichshauptstadt geht es also sehr schlecht. Sie bleiben unbemannt, wenn nicht von auswärts Zugang kommt, andernfalls müßten sie sich einen Mann teilen. Das ist die Folge des Krieges und der eigenartigen Bevölkerungsstruktur. Im höheren Maß als sonst sind die Frauen also gezwungen, sich wirtschaftlich selbst zu helfen und sich durch Berufsarbeit über Wasser zu halten.

Weiterer Rückgang der Rundfunkhörerzahl. Die Unzufriedenheit der Rundfunkhörer mit den lästigen Darbietungen der meisten Sender nimmt täglich zu. Es ist daher kein Wunder, daß auch das dritte Quartal ebenso wie das zweite einen abermaligen Rückgang der Hörerzahl mit über 42 000 brachte, obwohl die Zahl der von der Entziehung der Rundfunkgebühren befreiten Arbeitslosen in den letzten sechs Monaten um 125 000 gestiegen ist.

Kleine politische Zeitnotizen. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, gegen das vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz keinen Einspruch zu erheben. — Das französische Kabinett Herriot, das die fälligen Kriegsschuldenraten an die Vereinigten Staaten mit Vorbehalt zahlen wollte, ist von der französischen Kammer mit 402 gegen 187 Stimmen gestrichelt worden. Die Kammer hat darauf beschlossen, die Zahlung der Schuldenrate zu verschieben. Dadurch will das französische Parlament Amerika zu sofortigen Revisionen verpflichten. — In einer Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin wurde u. a. beschlossen, daß, wenn das Ergebnis der im Januar in Genf stattfindenden vorbereitenden technischen Konferenz des Internationalen Arbeitsamts vorliegt, zur Förderung der Bestrebungen zugunsten der Vierzigstundenswoche sowie anderer Maßnahmen im Kampf gegen Krise und Arbeitslosigkeit bereits im Frühjahr 1933, voraussichtlich im April, im Zusammenhang mit der Internationalen Arbeitskonferenz der Ausschüsse des DGB, zu einer Tagung zusammenberufen werden soll, wozu auch die Internationalen Berufssekretariate einzuladen sind. Als Termin für den 6. ordentlichen Internationalen Gewerkschaftskongress in Brüssel bestimmte der Vorstand die Zeit vom 30. Juli bis 3. August 1933. — Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Sowjetrusslands will 1933 eine Generalreinigung der kommunistischen Partei vornehmen lassen. Bis zum Ende der Reinigungsaktion dürfen keine neuen Mitglieder aufgenommen werden. Die Reinigung betrifft etwa zweieinhalb Millionen Parteimitglieder und etwa eine halbe Million sogenannte Parteikandidaten.

Verchiedene Eingänge

„Deutscher Drucker“ (Deutscher Buch- und Steindruck.) 2. vierteljährliche Monatshefte für die arabischen Länder und die Arabischsprachigen. Im Jahrgang 1932, 2. Heft, 16. Jahrgang, Berlin SW 61, Bismarckstr. 27, 40. — „Die Arbeit“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgegeben von Theodor Leipart, 8. Jahrgang, Heft 11, Verlagsanstalt des DGB, 16. M. B. Berlin SW 19, Unter den Eichen 10, Preis des 64 Seiten starken Heftes vierteljährlich 3,00 M., für Draufzahlungen 2,85 M. — „Die Gemeinde“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, 8. Jahrgang, Heft 28, Erscheint am 1. und 15. jedes Monats, Verlag J. B. W. Dieb Knack, 6. M. B. Berlin SW 19, Lindenstraße 3, Preis des Heftes für Deutschland monatlich 1,00 M. — „Die Weltanschauung“ Internationale Zeitschrift für Sozialismus und Volkswirtschaft, herausgegeben von Dr. Adolf Hilferding, 8. Jahrgang, Nr. 12, Verlag J. B. W. Dieb Knack, 6. M. B. Berlin SW 19, Lindenstraße 3, Preis des Heftes 1,00 M. — „Der Wahre Jakob“ Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung, 23. Jahrgang, Nr. 25, Erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 15 Pf. in allen Volksbuchhandlungen zu haben, Verlag J. B. W. Dieb Knack, Berlin SW 19. — „Rauen — Siebeln — Hofen“ Gewerkschaftliche Zeitschrift für soziale Bau- und Wohnungswirtschaft, Verlagsanstalt des Internationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 12. Jahrgang, Nr. 22, Erscheint halbjährlich, Der Preis des Heftes beträgt vierteljährlich 4 M., monatlich 1,33 M., Preis für die Einzelnachnahme 80 Pf., für die Sondernummer 1,80 M.

Briefkasten

H. Cf. in 2: Mit Dank und Befriedigung zur Kenntnis angenommen. — J. H. in 3: Dieser kleine Ausblick ließ mich manche ähnliche Erfahrungen aufkommen: freundlichen Gruß! — W. in 4: Jul. 7: 8. 10. M. — P. G. in 28: Jul. 78: 2. 10. M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Beranmann 1191, 1192, 1193, 1194. Postamt: „Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten“, Berlin S 14, Ballhofstraße 65, Volkstelefon Berlin Nr. 1023 87 (B. Schweißb.).

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belegte Adresse): Im Gau Nordost der Maschinenleger W i s s a u s e i t z e, der in Vollen 1932, ausagl. in Lidenburg 1932, war schon Mitglied. — Franz Scherer in Bremen, im Wall 82.

Reise- und Arbeitslohnunterstüfung

Gaupostverwaltung. Bericht vom Monat Oktober 1932. Auf der Reise: 871 Mitglieder. Ortsunterstüfung erhielten 5882 Mitglieder. An Unterstüfungstagen wurden gezahlt:

Table with 5 columns: Beschäftigungsart, in der Reiseunterstüfung (Mittgl., Tage), in der Ortsunterstüfung (Mittgl., Tage), Unterstüfungstage insgesamt. Rows include Lehrer, Maschinenleger, Drucker, etc.

Unterstüfungstage im Oktober 1931: 302 621. Daher weniger Unterstüfungstage im Oktober 1932: 151 293. Unterstüfung wurde gezahlt: in der Reiseunterstüfung: 23 730,20 M., in der Ortsunterstüfung: 145 624,50 M., 171 354,70 M.

Ein Postamtunterstüfung: im Oktober 1932: 104 205,40 M.

Dresden. Der auf der Reise befindliche Kollege F e r m a n n u n g Hauptbuchnummer 127 999) wird um baldige Abgabe seiner Adresse gebeten, damit ihm Post nachsendet werden kann.

Hamburg-Wilhelmsburg. Die unglücklichsten Verhältnisse auch in unserm Ort zeigen uns leider. Die Auszahlung eines Ortsausweises an durchreisende Kollegen ab 1. Januar 1933 unthunlich. Wir bitten die Funktionäre der umliegenden Drukreise, bei Gelegenheit reisende Kollegen auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Veranstaltungskalender

Erntedankfestversammlung Mittwoch, den 21. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“. — 2. Jahrestagung des DGB am 1. u. 2. Januar 1933, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus (Kollhoffstr. 65) bei „Bismarckwerk“. — Antrags bis 20. Dezember an den Parteivorstand. — Reichstagswahl am 1. u. 2. Januar 1933, abends 8 Uhr, in der „Boll“. — 2. Jahrestagung des DGB am 1. u. 2. Januar 1933, nachmittags 2 Uhr, im „Alten Fritz“. — Auszahlung der Weihnachtsgeldunterstüfungen. — 2. Jahrestagung des DGB am 1. u. 2. Januar 1933, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“, Rurfürkentrasse.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 101

(17. Dezember 1932) Artikel: Bekanntmachung über Beitrags- und Unterstüfungsgeldern. — Verlauf und Ergebnisse der Gauvertragskonferenz. — Die Betriebsratspraxis: Das Recht zum Betreten der Arbeitsräume. — Kollenerweiterungspflicht. — Betriebsvereinbarung. — Bau von Werken überörtlicher Natur. — Bestandteile des Arbeitsvertrags. — Arbeitsordnung. — Tarifvertrag. — Verlegung des Arbeitsstellenortes. — Korrespondenzen: Baden. — Göttingen. — Handbau: Zur Arbeitsmarktfrage im Handdruckgewerbe. — Vom Zeitungsartikelschluß. — Zur Abwehr von Perzönlichkeiten und Unterstellungen. — Aufhebung des Tariflohnabbaues. — Widerständige Gesellschaftsordnung. — Kleine politische Zeitnotizen. Bericht der Gauverwaltung vom Oktober 1932.

Anzeigen

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengehaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereine, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art. Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postcheckkonto Berlin NW Nr. 268 10

III. Wettbewerb!

Im Weihnachtshft des „Deutschen Druckers“ werden die Bedingungen unsrer dritten idealen Wettbewerbs bekanntgegeben. Teilnahme für jedermann offen. Bestellen Sie sich sofort ein Weihnachtshft gegen Einsendung von 30 Pf. in Briefmarken für Porto. „Deutscher Drucker“, Berlin SW 61

Sekkerfaktor

Für unsre Abteilung Sekker suchen wir einen weiteren Faktor, geprüften Metter. Derselbe muß vollständig zu disponieren und dem Personal mit Licht und Takt vorzulegen in der Lage sein. Besetzung der modernen Segelboot-Verbindung. Eintritt nach Abereinnahme. Bewerbungen mit Ansuchen über die bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche bis zum 31. Dezember an die [780]

Neujahrskarten

mit Buchdruckerwappen in Gold und 7 Farben mit Aufdruck von Glückwunsch, Namen und Wohnort 100 St. 4,50 M., ohne Aufdruck 3 M. Rud. Bechtold & Comp., Wiesbaden Verlag, Buchdruckerei u. Lithographische Anstalt

Schweizerdegen

mit Verleiherzeugung für Reinigungs- und Buchdrucker zum 1. Januar in Dauerstellung gesucht Erfahrung, Kalkulation und Druckmaschinenbedienung erforderlich. Angebote mit Ansprüchen und Zeugnissen an die „Veltene Zeitung“, Veltens (Marb).

Die Farbe

In Ihren Ausdrucksmöglichkeiten helfen können wir Ihnen die Fertigkeit für Farbenlehre. Geben Sie Ihre Bestellung durch den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Ich helfe Ihnen

Gummil, Kropfen, Tee, Preisverhältnisse durch Wohlleben & Weber, GmbH, Berlin W 30 ZN.

Zeitungs

Edison wieder hat der Tod ein verdrüßtes Mitglied aus unsern Reihen entzogen. Am 11. Dezember verstarb ein sehr geschätzter, erarbeiteter an Oehrtschlag unser lieber Kollege, der Seglermeister [781]

H. Zugschwerdt

aus Wittingen, im Alter von 65 Jahren. Der Verstorbene war Mitglied seit dem Jahre 1899 und hat sich als treuer Kämpfer stets für unsre Interessen eingesetzt. Wir werden ein ehrendes Andenken an Ehren halten. Ostoberlin Rectorate.

Am 12. Dezember verstarb

unser lieber Kollege, der Seglermeister Emil Franke aus Bromberg, im Alter von 70 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Gau Hamburg-Altona.

S. Kleibschel

im Alter von 37 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Bezirksoberlin Worms, Bildungsvorstand d. D. D.

Herrn Hofmann

sagen wir allen Kollegen und Freunden, besonders dem Berlin Seglerverband, dem Gau Leipzig und seinen Abodachten Kollegen herzlichsten Dank. Leipzig, den 2. Dezember 1932. Die trauernden Kinder.

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, 6. M. B. Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 + Verantwoertlich für den gesamten Inhalt: Karl Helmholz, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5 + Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Beranmann 1191, 1192-1195 + Druck: Buchdruckverträge, 6. M. B. Berlin SW 61, Dreibundstraße 5